

Trotz schwachem PISA-Abschneiden schneller zum Abitur

Das Abitur nach zwölf Schuljahren ist nun auch in Nordrhein-Westfalen möglich. Dabei scheint es paradox: Auf der einen Seite wird das schwache Abschneiden der NRW-Schüler bei der jüngsten PISA-Studie beklagt – und auf der anderen Seite die Schulzeit verkürzt. Der Klett-Themendienst fragte NRW-Schulministerin Barbara Sommer.

Müssen die Kinder beim achtjährigen Gymnasium nicht noch einen viel schwierigeren Spagat schaffen: mehr lernen in kürzerer Zeit?

Die Vergleichsuntersuchungen haben uns aufgezeigt, dass wir nicht gut mit der Lernzeit und der Lebenszeit unserer Schüler umgehen. Der Weg zum Abitur nach zwölf Schuljahren gehört zu den Konsequenzen aus dieser Erkenntnis, Lernzeit besser zu nutzen. In diesem Sinne erweitern wir bei der Verkürzung der Schulzeit die Unterrichtszeit. Die zusätzliche Unterrichtszeit soll nicht dazu dienen, in kürzerer Zeit den bisherigen Stoff im Verhältnis 1:1 unterzubringen. Wir werden vielmehr auch im Gymnasium Stunden für individuelle Förderung zur Verfügung stellen. Selbstverständlich müssen die Lehrpläne überarbeitet und konzentriert an wesentlichen Zielen ausgerichtet werden. Dafür bieten die von den Kultusministern der Länder beschlossenen Bildungsstandards ebenso eine gute Grundlage wie die Kernlehrpläne, die wir in Nordrhein-Westfalen aus diesen Standards abgeleitet haben.

Bleiben wir noch einen Moment bei den Ergebnissen der PISA-Studie: Hier fallen die deutschen Schüler durch geringe Kompetenzen zur Problemlösung auf. Wird an den weiterführenden Schulen möglicherweise zu viel Faktenwissen vermittelt?

„Wissen ist die Basis jeder Kompetenz“, hat der PISA-Forscher Professor Baumert einmal gesagt. Man kann also nicht Wissen und Kompetenz gegeneinander ausspielen. Isoliertes Fachwissen, das nicht eingebunden ist in Lebens- und Anwendungsbezüge, hilft tatsächlich nicht weiter. Diese Erkenntnis findet sich schon seit einigen Jahren in der neuen Lehrplangeneration für die Grundschule und die Kernfächer der Sekundarstufe I wieder.

Die meisten anderen Bundesländer haben das achtjährige Gymnasium schon eingeführt: Konnten Sie für NRW von den Erfahrungen der Nachbarn profitieren und möglicherweise sogar aus Fehlern lernen?

Die meisten Bundesländer haben wie wir in den letzten ein bis zwei Jahren mit der Umstellung begonnen. Die Erfahrungen sind daher noch begrenzt, die wir aber selbstverständlich auswerten. Das hat uns z. B. bestätigt, dass der Verzicht auf das neunte Jahr im Gymnasium nicht durch eine schlichte Umverteilung auf die verbleibenden Jahre kompensiert und die Stundenbelastung der Schüler nicht über ein vernünftiges Maß hinaus gesteigert werden kann. Besonders bei den jüngeren Kindern in den ersten Jahren der Sekundarstufe I sind wir gut beraten, zeitliche Überforderungen zu vermeiden.

In Nordrhein-Westfalen erfolgt die Verkürzung der Schulzeit in der Sekundarstufe I, die an den Gymnasien nun auf Klasse fünf bis neun verkürzt wird. Mehr Unterrichtszeit bedeutet aber auch weniger freie Zeit für sportliche und musische Aktivitäten. Wird nicht gerade den jüngeren Schülern hier ein wichtiger Ausgleich zum Lernen genommen?

Hier werden wir sehr verantwortungsbewusst und sorgfältig die Balance halten. Deshalb werden wir die Stundenpläne am Anfang der Sekundarstufe I nicht überfrachten

Zur Person




Foto: Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW

Barbara Sommer, 57, Ministerin für Schule und Weiterbildung im CDU-regierten Land Nordrhein-Westfalen. Die Mutter von fünf Kindern war zuvor selbst viele Jahre Grundschullehrerin, Schulleiterin und später Schulrätin. Vor ihrer Ernennung zur Ministerin im Jahr 2005 war sie zuletzt Schulamtsdirektorin.

und die Belastung allmählich steigern. Freie Zeit für die Kinder, insbesondere für ihre sportlichen und musischen Aktivitäten, halte ich für sehr wichtig.

Schon jetzt beklagen die Lehrer, dass Schüler in der sechsten Schulstunde kaum noch aufnahmefähig sind. Bei einer Verdichtung der Schulzeit werden die Kinder noch länger durchhalten müssen. Wie sollen sie den Konzentrationsmarathon ohne Mensa und ohne Ruheräume schaffen?

Nach meiner Beobachtung sind Schulen in vielen Fällen in der Praxis schon weiter als manche Diskussionen vermuten lassen, z. B. bei der Veränderung des Unterrichts und bei Angeboten am Nachmittag. Zweifellos besteht hier weiterer Handlungsbedarf. Deshalb überlegen wir, wie wir diese Angebote fortentwickeln können und werden in Kooperation mit den Schulträgern und den kommunalen Spitzenverbänden vorangehen.

Unsere europäischen Nachbarn bringen ihre Schüler längst in zwölf Jahren zur Hochschulreife. Dort ist aber die Ganztagschule mit Nachmittagsunterricht die Regel. Wird sich nicht auch das deutsche Schulsystem generell hin zum Ganztagsbetrieb entwickeln müssen?

Die neue Landesregierung hat ein ambitioniertes Ganztagschulprogramm für die Hauptschulen aufgelegt, weil der pädagogische Handlungsbedarf an dieser Schulform vordringlich ist. Neue Anforderungen an die Schule, die auch Angebote am Nachmittag und die Frage der Ausgestaltung des Schultages in den Blick rücken, haben vielfältige Ursachen. Die Schulzeitverkürzung erzwingt keineswegs generell die Umstellung auf Ganztagsbetrieb. Sie wird aber zu einer Veränderung der Zeitstrukturen führen.

Im Jahr 2013 kommt voraussichtlich ein Doppeljahrgang ins Abitur, der dann für eine Schwemme bei den Studienanfängern sorgen wird. Die Elternschaft befürchtet, dass dieses Problem durch härtere Auslese auf Kosten der Schüler gelöst wird. Wie begegnen Sie dieser Sorge?

Die Befürchtung, dass es für Angehörige dieser Doppeljahrgänge zu Benachteiligungen kommen könnte, nehme ich sehr ernst. Im Jahr 2013 wird es in NRW zwei Absolventenjahrgänge geben. Da es sich bei diesen jungen Menschen in der Mehrzahl um Studienbewerber handelt, müssen wir die Situation bundesweit betrachten. Dadurch erscheint sie direkt weniger dramatisch, weil sich aufgrund der unterschiedlichen Umstellungstermine in den Ländern die Angehörigen der Doppeljahrgänge zeitversetzt auf die Studienplätze und Lehrstellen bewerben. In den Spitzenjahren 2012 bis 2014 muss allerdings mit etwa 570 000 zusätzlichen Studierenden gerechnet werden. Die Szenarien wurden im Auftrag der Kultusministerien der Länder sehr konkret ermittelt. Alle Beteiligten sind sich einig, dass weder eine Verschlechterung der Studien-

bedingungen noch die Schaffung weiterer Zulassungsbeschränkungen hinnehmbar sind. Auch haben wir darauf zu achten, dass kein Verdrängungseffekt zu Lasten anderer Ausbildungsgänge eintritt, dass z. B. Real- und Hauptschüler nicht benachteiligt werden, die in das duale System eintreten wollen. Schon jetzt gibt es Überlegungen, wie beispielsweise begrenzte Lehraufträge außerhalb der Universitäten oder das Lenken der Studienbewerber in Richtung Hochschulen, die nicht mit dem Problem der Überlast zu kämpfen haben. Ich denke hier besonders an die ostdeutschen Universitäten, die in der Lehre sehr stark sind. Noch sind wir in der Phase strategischer Überlegungen.

An den NRW-Gesamtschulen dauert der Weg zum Abitur weiterhin 13 Jahre. So wird es in einem Bundesland ein „schnelles“ und ein „langames“ Abitur parallel geben. Werden die Gesamtschüler damit nicht Abiturienten zweiter Klasse?

Nein. Mit der Verkürzung der Schulzeit wollen wir in NRW auf keinen Fall die Bildungsbeteiligung und die Zahl der Schüler, die das Abitur erwerben, verringern. Im Gegenteil. Unsere Gesellschaft braucht eine höhere Bildungsbeteiligung. Deshalb ist unsere Politik darauf gerichtet, die Chancen von Schülern aus der Hauptschule, der Realschule und der Gesamtschule zu verbessern, nach dem mittleren Schulabschluss in die gymnasiale Oberstufe einzutreten. Wir erhöhen auch in diesen Schulformen die Unterrichtszeit und die individuellen Fördermöglichkeiten bereits in der Sekundarstufe I deutlich. Übrigens können überdurchschnittlich leistungsfähige Schüler auf Realschulen und Gesamtschulen unter bestimmten Voraussetzungen das Abitur auch bereits nach zwölf Jahren erwerben.

Ein Bestandteil im neuen Schulgesetz ist die individuelle Förderung von Schülern. Wie soll das gehen?

Wir orientieren unsere Schulpolitik konsequent am Ziel besserer individueller Förderung aller Schüler – der besonders leistungsfähigen wie derjenigen mit Unterstützungsbedarf. Das unterfüttern wir auch materiell mit Ressourcen, z. B. indem wir in den Jahren 2006 und 2007 jeweils 1 000 neue Lehrstellen zur Verfügung stellen. Die Hauptschulen verstärken wir mit 500 Lehrkräften und die Grundschulen mit 600 Stellen, damit Schulen ihren Förderauftrag erfüllen können. «

Die Fragen stellte Mechthild vom Büchel.

Ansprechpartnerin

Janna Kuchenbäcker
Telefon 07 11-66 72-15 35, j.kuchenbaecker@klett.de